



PRESSEMITTEILUNG

Nr.232/GP

18.07.2023

Holetschek: Bund muss Rahmenbedingungen für Pharmabranche verbessern - Bayerns Gesundheitsminister: Deutschland darf nicht unattraktiv für Forschung und Entwicklung werden

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung zu einer nachhaltigen Stärkung des Pharma-Standorts Deutschland aufgefordert. Holetschek sagte am Dienstag in München anlässlich eines Treffens der bayerischen Mitglieder im Bundesverband der Arzneimittel-Hersteller (BAH): „Ich mache mir große Sorgen um den Pharmastandort Deutschland. Ich höre aus der Branche vermehrt, dass die Rahmenbedingungen für Produktion, Forschung und Entwicklung Deutschland immer unattraktiver machen. Die Bundesregierung droht hier, zukunftsweisende Weichenstellungen zu verschlafen.“

Der Minister erklärte: „Bayern hatte dem Bund schon Ende 2021 Ergebnisse eines Gutachtens vorgelegt, das klar Handlungsfelder benennt. Wichtig sind gezielte Strukturpolitik, das Setzen von Anreizen, der Erhalt des Patentrechts und die Diversifizierung von Lieferketten, damit die Pharmaunternehmen Wirkstoffe von verschiedenen Herstellern beziehen können. Außerdem müssen europäische Produktionsstandorte erhalten und deren Ausbau gefördert werden, um die Lieferketten zu verkürzen. Die von der EU-Kommission kürzlich vorgestellten Vorschläge sind Schritte in die richtige Richtung, aber sie stärken den Pharmastandort nicht ausreichend. Derzeit sehe ich eher Abwanderungsbewegungen – das müssen wir verhindern! Ansonsten sind wir auch bei den Innovationen bald abgeschlagen, dabei haben Patientinnen und Patienten in Deutschland lange von den Innovationen auf dem Pharma-Markt profitiert.“

Holetschek betonte: „Ich habe Ende 2022 eine Pharma-Task-Force in Bayern gegründet, die Vorschläge erarbeitet hat, wie man die Arzneimittelversorgung sichern und den Produktionsstandort Deutschland stärken kann. Die Ergebnisse haben wir in einer [Gemeinsamen Erklärung](#) zusammengefasst. Darin haben wir ein umfassendes Konzept mit pragmatischen und unbürokratischen Lösungen zur Bekämpfung von Liefer- und Versorgungsengpässen entworfen. Leider hat die Bundesregierung unsere Vorschläge nicht aufgegriffen. Zudem müssen wir verhindern, dass das EU-Pharmapaket diese Möglichkeiten beschneidet und noch mehr unnötige bürokratische Regeln einführt.“

Der Minister sagte: „Die jüngsten Probleme in der Versorgung mit Kinder-

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention



Medikamenten, Antibiotika und zum Beispiel Krebsmitteln zeigen, wie dringend die Bundesregierung handeln muss. Bayern hat pragmatische Lösungen für die Menschen in Bayern gegen die Arzneimittelknappheit auf den Weg gebracht und setzt mit der Pharma-Task-Force und dem bayerischen Pharmagipfel auf Dialog mit allen Akteuren. Die Bundesregierung und die EU-Kommission müssen jetzt ihre Hausaufgaben machen.“